

Daten – Fakten – Hintergründe

Schule und Beruf: Kann Berufswahl einfach sein?

S. 4

Finanzwissen der Deutschen: Mäßig bis sehr lückenhaft

S. 6



Gespräch in der Burgstraße

Nullwachstum – Schicksal einer alternden Gesellschaft?

Vollbeschäftigung, Weltmarktführer, Exportchampion. Das waren die Superlative für die deutsche Wirtschaft, die noch im Sommer kursierten. Jetzt, ein paar Monate später, haben die Konjunkturprognosen das Bild erheblich getrübt. Die Wachstumszahlen mussten deutlich nach unten korrigiert werden. „Daran sieht man: Deutschland kann sich auf seinen Erfolgen nicht ausruhen!“ Das sagte Dr. Michael Kemmer, Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes, auf einer weiteren Veranstaltung in der Reihe ‚Gespräch in der Burgstraße‘, bei der es Anfang November um das Thema „Nullwachstum – Schicksal einer alternden Gesellschaft?“ ging.

Unser Wohlstand und das Wirtschaftswachstum von morgen, so Kemmer vor zahlreichen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Finanzwelt, werde wesentlich davon abhängen, wie wir den demographischen Wandel meistern und die Politik dieses lange Zeit verdrängte

Thema anpacke. Inzwischen sei ein Bewusstsein vorhanden, es gebe aber keinen echten politischen Aufbruch, keine echte Agenda in Richtung Lösung des Problems. „Die aktuellen Rentenprojekte der Bundesregierung“, so Kemmer, „gehen sogar eher in die falsche Richtung und helfen bei der Bewältigung des demographischen Wandels nicht weiter.“ Notwendig sei hingegen, so appellierte Kemmer an die politischen Entscheidungsträger, die in den verschiedenen Politikfeldern notwendigen Maßnahmen zu einer kohärenten Demographie-Strategie zu bündeln und konsequent umzusetzen.

Auch Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor am Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, warnte in seinem anschließenden Impulsreferat davor, die Dynamik des demographischen Wandels zu unterschätzen. Der Alterungsprozess der deutschen Gesellschaft habe sich lange angekündigt, sei aber von der Politik verkannt worden.



Dr. Thomas Gambke MdB (von links), Lutz Diederichs, Vorstandsmitglied der UniCredit Bank AG, Dr. Carsten Linnemann MdB, Dr. Michael Kemmer, Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes, Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln und Moderator Henning Krümrey, stellvertretender Chefredakteur der WirtschaftsWoche.

„Man hat 1992 bei der Rentenreform natürlich über den demographischen Wandel gesprochen“, so Hüther, „und konnte sehen, was der Rückgang der Geburtenrate seit Ende der 1960er im langen Echo bedeutete. Aber das Durchwirken dieses veränderten Datums durch alle Systeme, das ist nicht in der gleichen Weise gesehen worden.“

Es gebe kaum eine Industriegesellschaft, die über vier Jahrzehnte hinweg eine so niedrige Geburtenrate hatte. Das führe dazu, dass die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland bis zum Jahr 2030 – trotz eines Zuwanderungsbooms von gut 3 Millionen Menschen – dennoch um 7 Millionen zurückgehen werde. „Alterung frisst Pro-

duktivität“, meinte Hüther, und deshalb müsse gefragt werden, wie der Produktivitätsverlust kompensiert werden kann.

Der Mittelstandsbeauftragte der Bundestagsfraktion Bündnis'90/Die Grünen, Dr. Thomas Gambke, ging näher auf den Wachstumsbegriff ein. Viele hätten inzwischen erkannt, dass Wachstum kein Ziel an sich sei, sondern immer Ergebnis. Einfach nur auf Wachstum zu setzen, reiche nicht aus. Denn es komme weniger auf Quantität als auf Qualität an. „Wir müssen genauer definieren, was Lebensqualität ist“, sagte Gambke, „und wofür wir Wachstum tatsächlich haben wollen.“ Die betreffende Enquete-Kommission des Bundestages habe bereits vor Jahren dazu wichtige Vorarbeit geleistet, auf der man weiter aufbauen könne. Etwa indem man einen alternativen Index zur Berechnung des BIP heranziehe, der auch die Umweltqualität berücksichtige.

Dass Wirtschaftswachstum und Wohlstand eng miteinander verzahnt seien, darauf wies Lutz Diederichs, Vorstandsmitglied der UniCredit Bank, hin. Nullwachstum habe zur Folge, dass sich die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in der Gesellschaft verstärke. Es müsse vor diesem Hintergrund immer wieder deutlich gemacht werden, dass zwischen Wachstum und Beteiligung neuer Bevölkerungsschichten am Wohlstand ein unmittelbarer Zusammenhang bestehe.



Impulsreferat von Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

Ferner zeigte sich Diederichs überzeugt, dass der demographische Wandel insgesamt tiefgreifende Veränderungen mit sich bringen wird. „Zum einen werden wir Situationen erleben“, so sagte er, „dass in 20 Jahren Einfamilienhäuser in vielen ländlichen Gebieten schlicht nicht mehr veräußerbar sind. Zum anderen wird sich das Anlageverhalten verändern.“ Insbesondere in einem zu erwartenden Dauerniedrigzinsumfeld seien die Anleger gezwungen, in höheren Risikoklassen zu investieren. Das sei allerdings angesichts der geringen Risikoaffinität in Deutschland gerade hierzulande ein schwieriger Prozess.

Für eine wirtschafts- und wachstumspolitische Strategie, die das Problem des demographischen Wandels ins Zentrum rückt, sprach sich auch der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, *Dr. Carsten Linnemann*, aus. „Wenn wir in Deutschland eine Sozialleistungsquote haben, die mit rund 30 Prozent im OECD-Vergleich weit oben liegt“, so meinte er, „dann müssen wir uns ernsthaft die Frage stellen, wie wir das in Zukunft finanzieren wollen. In jedem Fall brauchen wir dafür Wachstum.“

Aber nicht nur daran und an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit müsse gearbeitet werden. „Wie können



Dr. Michael Kemmer, Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes.

wir überhaupt Wohlstand im Jahre 2030 organisieren“, fragte Linnemann kritisch, „wenn 94 Prozent der Studierenden bei uns sagen, sie möchten auf gar keinen Fall selbständig werden.“ Um den demographischen Wandel zu gestalten und die drohende Wohlstandslücke aufzufangen, sei daher auch ein Mentalitätswandel erforderlich. „Da haben wir offenkundig“, so Linnemann, „ein ganz großes Problem in Deutschland.“

Eine Demographie-Strategie für Deutschland

Deutschlands alternde und schrumpfende Bevölkerung hat unausweichlich auch ökonomische Konsequenzen. Ohne Gegensteuern wird sich das Wirtschaftswachstum verlangsamen, oder es kann gar zu einer länger anhaltenden Stagnation kommen. Damit dies nicht geschieht und Deutschland ein wettbewerbsfähiger Wirtschafts- und Hochtechnologiestandort bleibt, bedarf es der Umsetzung einer kohärenten Demographie-Strategie, die die Innovations- und Wachstumskräfte stärkt. Welche Elemente eine solche Strategie umfassen muss und wie diese miteinander verzahnt werden können, ist Gegenstand des Positionspapiers des Bankenverbandes „Eine Demographie-Strategie für Deutschland“. Es kann abgerufen werden unter: bankenverband.de/veranstaltungen/gespraech-burgstrasse





Schule und Beruf

Kann Berufswahl einfach sein?

Viele Schüler wissen nicht, was sie werden wollen und sind von der Berufswahl überfordert – das ist eine zentrale Schlussfolgerung aus einer Befragung von 528 Schülern und 483 Eltern, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Vodafone Stiftung im September 2014 durchgeführt hat. Jenseits der berechtigten Frage, ob das jemals anders war, fördert die Studie auch ermutigende Aspekte zutage.

Sechs von zehn Schülern, die momentan die letzten drei Klassen an allgemeinbildenden weiterführenden Schulen in Deutschland besuchen, freuen sich „sehr“ (29%) oder „ziemlich“ (31%) auf die Zeit nach der Schule. Das klingt positiv, lässt jedoch Raum für Interpretationen. Freuen sich diese Schüler auf das Berufsleben? Das mag bei vielen so sein, wahrscheinlich wünscht sich ein Teil von ihnen aber auch nur, die oft ungeliebte Schule, das morgendliche Aufstehen, das Büffeln und viele andere Zwänge, die Schule aus Schülersicht mit sich bringt, bald hinter sich zu

lassen. Wer an den eigenen Übergang von der Schule ins Berufsleben zurückdenkt, wird sich vielleicht an die ambivalente Gefühlslage erinnern, die in dieser Lebensphase an der Schwelle zum Erwachsenendasein nicht ungewöhnlich ist. Träfe ähnliches auch auf die heutigen Schüler zu, würde auch jetzt das Abendland nicht daran zugrunde gehen. Aller Erfahrung nach wird den allermeisten, erst einmal im Berufsleben angekommen, die eigene Schulzeit ohnehin in einem ganz anderen, oftmals positiveren Licht erscheinen.

Darüber hinaus zeigen Studien immer wieder, dass die Jugendlichen heute nicht weniger berufsorientiert denken oder in dieser Hinsicht weniger zielstrebig sind als frühere Generationen. Auch bei der aktuellen Allensbach-Umfrage führt der Wunsch, einen interessanten Beruf zu haben, mit 87% die Liste der Schüler-Präferenzen für die Zukunft an, gefolgt von „ein gutes Einkommen“ (75%) und einen „sicheren

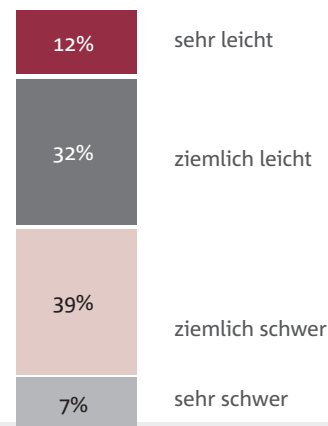
Arbeitsplatz“ (71%) haben. Klassische post-materi-
alistische Ziele wie „das Leben genießen“ (68%), „eine
gute Partnerschaft/Beziehung haben“ (62%) oder
„viel reisen“ (37%) folgen hingegen erst deutlich da-
nach (siehe Grafik Seite 6).

Unabhängig davon stellt sich die Frage: Kann die Be-
rufswahl für junge Menschen je einfach sein? Schließ-
lich ist es in der Regel deren erste weitreichende
Entscheidung, die ihr künftiges Leben maßgeblich
bestimmt. Offenbar sind es gerade die hohen eigen-
en Ansprüche an den künftigen Arbeitsplatz, die
vielen jungen Leuten die berufliche Entscheidung
nicht leicht machen. 46% der befragten Schülerinnen
und Schüler geben jedenfalls an, dass ihnen die Be-
rufswahl „ziemlich schwer“ oder „sehr schwer“ (7%)
fallen würde. Allerdings sagen mit 44% – der Rest
ist „unentschieden“ – fast ebenso viele, ihnen falle
die Berufsentscheidung „ziemlich leicht“ (32%) oder
„sehr leicht“ (12%). Angesichts der Tatsache, dass
die Befragten teilweise noch bis zu drei Jahre von
ihrem Schulabschluss entfernt sind, ist das gar nicht
so selbstverständlich. Im Gegenteil – da überrascht
es doch eher, dass nur ein Fünftel der Jugendlichen
noch keine Vorstellung davon hat, was sie später be-
ruflich machen möchten, die Hälfte der Befragten
jedoch zumindest schon ungefähr und fast ein weite-
res Drittel (29%) sogar schon genau weiß, wohin die
berufliche Reise später gehen soll.

Ob frühere Schülergenerationen in der gleichen Lage
da wirklich weiter waren? In einem Punkt hatten jene
es allerdings doch „leichter“. Denn oftmals hatten sie
gar keine Wahl, weil von vornherein feststand, dass
sie in die beruflichen Fußstapfen ihrer Eltern treten
würden. Was vor Jahrzehnten noch gang und gäbe
war, spielt heute nur noch eine untergeordnete Rolle:
Lediglich 11% der Schülerinnen und Schüler wollen
die gleiche berufliche Richtung wie die ihres Vaters
und 8% die ihrer Mutter einschlagen.

Bedenklich stimmt ein anderes Ergebnis der Studie:
Nur ganz wenige Schülerinnen und Schüler interes-

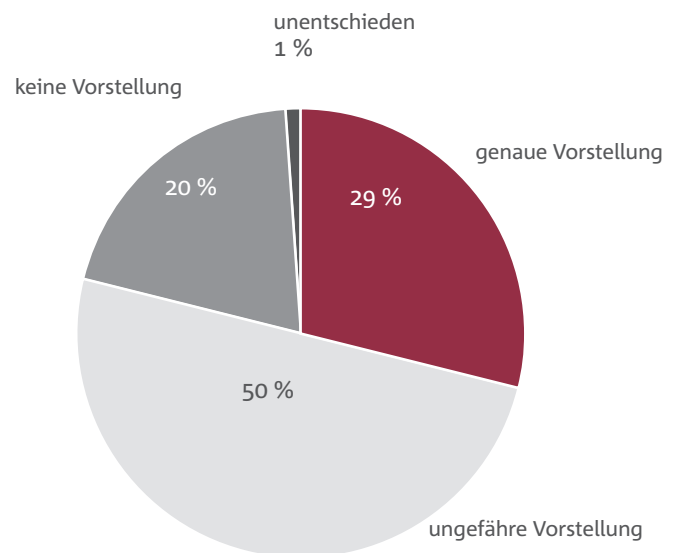
„Die Entscheidung, was ich beruflich werden will,
finde ich...“



auf 100 % fehlende Werte = unentschieden

Quelle: IfD-Umfrage, Allensbach; September 2014; Angaben in Prozent; Basis: Schüler der letzten
3 Klassen an allgemeinbildenden weiterführenden Schulen in Deutschland.

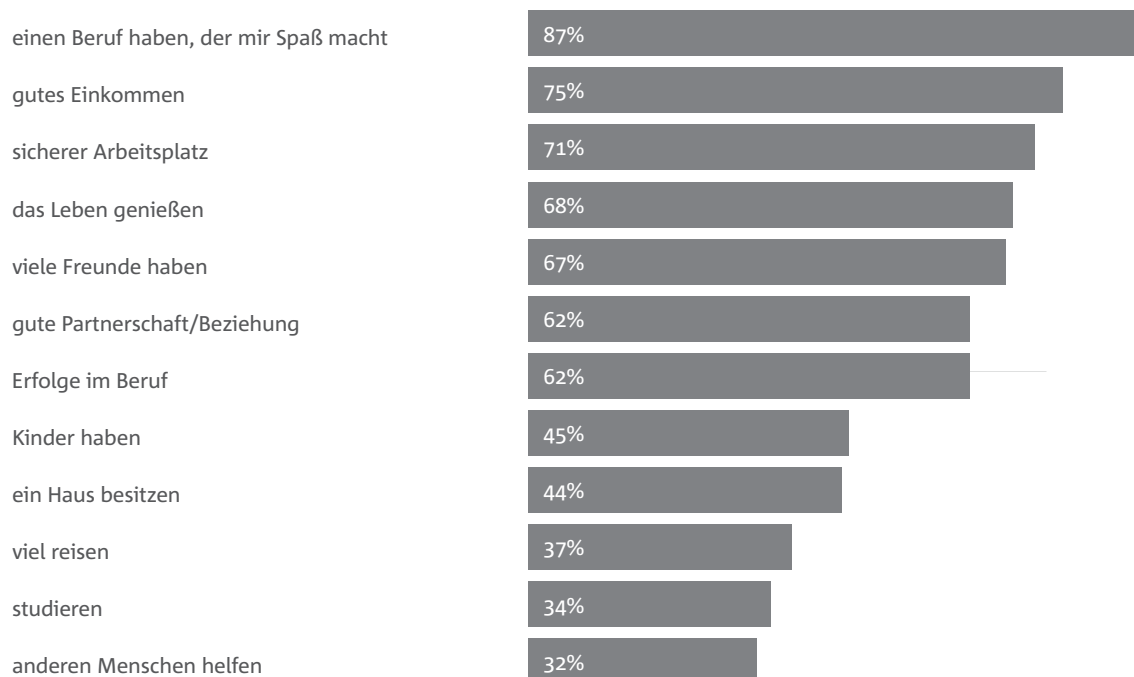
„Über das, was ich beruflich später machen werde,
habe ich...“



Quelle: IfD-Umfrage, Allensbach; September 2014; Angaben in Prozent.

sieren sich für Berufe im naturwissenschaftlichen
Bereich sowie in der Computer- oder IT-Branche. Von
den Befragten, die zumindest schon eine ungefähre
berufliche Vorstellung haben, sehen gerade einmal
4% der Jungen und 3% der Mädchen ihre berufliche

„Ist mir für die Zukunft besonders wichtig: ...“



Quelle: IfD-Umfrage, Allensbach, September 2014; Basis: Schüler der letzten 3 Klassen an allgemeinbildenden weiterführenden Schulen in Deutschland.

Zukunft im naturwissenschaftlichen Bereich. Und für Computer- bzw. IT-Berufe zeigen sich lediglich 6% der Jungen aufgeschlossen, bei Mädchen sind es weniger als 0,5%. Jugendliche für diese für die Wettbewerbs-

fähigkeit des Landes so wichtigen Zukunftsberufe stärker zu begeistern, darin liegt eine ernste Herausforderung – für die Schulen, für die Politik, für die gesamte Gesellschaft.

Finanzwissen der Deutschen:

Mäßig bis sehr lückenhaft

Eine fundierte Wirtschafts- und Finanzbildung ist Voraussetzung für die finanzielle Zukunftsplanung jedes Einzelnen. Sie ist für Finanzentscheidungen aller Art von Bedeutung, nicht zuletzt für das Erkennen persönlicher Versorgungslücken und die Kompetenz, darauf angemessen zu reagieren. Wie der „Finanzplanungsindex 2014“ des Bankenverbandes zeigt, gibt es in Deutschland auf diesem Gebiet erheblichen Nachholbedarf.

Richtige oder falsche Geld- und Anlageentscheidungen der Bürger hängen nicht zuletzt von ihrem Finanz- und

Wirtschaftswissen ab; eine gute Finanzplanung und die Kompetenz im Umgang mit Geld beeinflussen auch die Konsummöglichkeiten und die finanziellen Spielräume bei der Altersvorsorge. Studien belegen allerdings im Hinblick auf diesbezügliche Fähigkeiten der Deutschen erkennbare Defizite. Bereits vor zwei Jahren zeigte eine Erhebung des Bankenverbandes zum Wirtschafts- und Finanzverständnis Jugendlicher, dass beispielsweise mehr als die Hälfte der Befragten zwischen 14 und 24 Jahren nicht sagen konnte, was eine „Inflationsrate“ ist. Sieben von zehn vermochten auch mit dem Begriff „Rendite“



nichts anzufangen und nahezu drei Viertel wussten nicht, dass die Europäische Zentralbank für die Sicherung der Preisstabilität in den Euro-Staaten zuständig ist.

Der im Sommer dieses Jahres erhobene „Finanzplanungsindex“ des Bankenverbandes bestätigt indes erneut auch gravierende Wissens- und Kompetenzlücken in der erwachsenen Bevölkerung. Der Index wurde aus sechs Einzelfragen zu Wirtschaftsinteresse, Kenntnissen in Geld- und Finanzangelegenheiten sowie der Beschäftigung mit der eigenen Altersvorsorge gebildet. Im Ergebnis zeigt er, dass weniger als die Hälfte der deutschen Erwerbsfähigen „gute“ (18%) oder zumindest „befriedigende“ (26%) Finanzkompetenzen aufweisen. Gegenüber einer Messung aus dem Jahr 2011 haben sich diese Werte leicht verbessert. Damals hatten 13% mit „gut“ und 27% mit „befriedigend“ abgeschlossen. Das Gesamtbild bleibt aber nach wie vor eher betrüblich: 30% der Befragten verfügen auch aktuell über „kaum hinreichende“ und ein weiteres Viertel (26%) sogar über „mangelhafte“ Voraussetzungen, um wichtige Finanzentscheidungen zu treffen oder ihre Altersvorsorge angemessen zu gestalten.

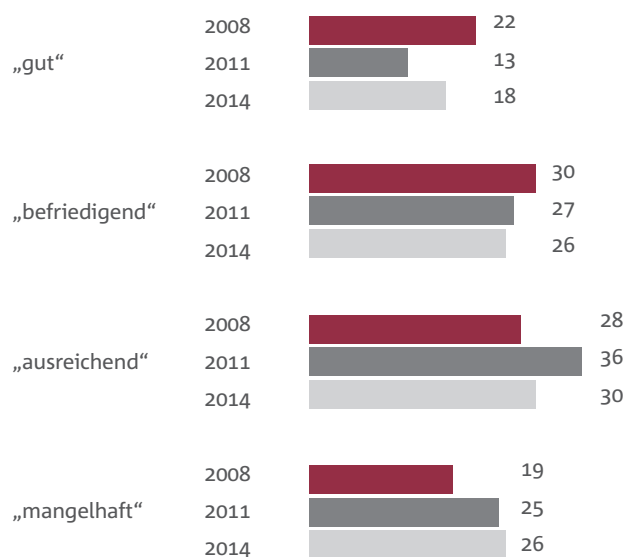
Bereits bei wirtschaftlichem Grundlagenwissen zeigen sich deutliche Defizite: Mit sieben von zehn Bundesbürgern wissen zwar mehr als bei den Jugendlichen, was „Inflationsrate“ bedeutet, wie hoch diese aber zum Zeitpunkt der Umfrage ungefähr war, konnte lediglich rund ein Viertel der Befragten angeben. Und bei der Frage, was ein „Investmentfonds“ ist, müssen sechs von zehn Deutschen (57%) passen.

Die dem „Finanzplanungsindex“ zugrunde liegenden Einzelfragen geben näheren Aufschluss über die Einstellungen und Fähigkeiten der Deutschen hinsichtlich ihrer Finanzkompetenz. Danach meinen nahezu zwei Drittel

der Deutschen (64%), dass sie sich in Geld- und Finanzfragen gut auskennen würden. Doch was auf den ersten Blick positiv erscheint, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als eine deutliche Selbstüberschätzung. Wie schon vor drei Jahren müssen nämlich 56% der Befragten gleichzeitig einräumen, dass sie von dem, was an der Börse geschieht, „keine Ahnung“ haben – ein fundamentaler Widerspruch zum vermeintlich guten Finanzwissen.

Gegenüber 2011 hat auch die Beschäftigung der Deutschen mit den eigenen Finanzen abgenommen. Nach 56% der Befragten, die sich vor drei Jahren nach eigenen Angaben „regelmäßig“ um ihre finanziellen Angelegenheiten gekümmert haben, ist es nun lediglich noch die Hälfte der Deutschen, die sich des Öfteren

Anteil der Deutschen, deren Finanzkompetenz ... ist.



In Prozent; nur Erwerbsfähige

Quelle: Finanzplanungsindex 2014, Bankenverband.

Finanzplanungsindex – Einzelergebnisse

	2008	2011	2014
Interesse an Wirtschaft			
sehr stark	11	10	15
stark	29	25	32
etwas	37	46	38
kaum/gar nicht	22	20	15
Keine Ahnung vom Börsengeschehen			
trifft voll zu	36	34	37
trifft eher zu	20	22	19
eher nicht	26	31	28
überhaupt nicht	16	12	16
Gute Kenntnisse in Geld- und Finanzfragen			
trifft voll zu	25	10	18
trifft eher zu	46	38	46
eher nicht	23	39	30
überhaupt nicht	6	11	5
Beschäftigung mit den eigenen Finanzen			
regelmäßig	68	56	50
ab und zu	18	26	27
selten, nie	13	17	23
Sparhäufigkeit			
regelmäßig	62	55	59
ab und zu	21	22	19
selten, nie	17	22	21
Beschäftigung mit der Altersvorsorge*			
ja	82	78	80
nein	15	21	20

In Prozent; fehlende zu 100%="weiß nicht"/k.A., *nur Erwerbsfähige

Quelle: Finanzplanungsindex 2014, Bankenverband.

Zeit für ihre persönliche Finanzplanung nimmt. Fast ein Viertel der Befragten (23%) gibt gar an, dies nur selten oder überhaupt nicht zu tun.

Immerhin ist das Bewusstsein der Deutschen, sich möglichst früh mit der eigenen Altersvorsorge auseinanderzusetzen, weiterhin ausgeprägt. Acht von zehn Erwerbsfähigen, also jener Befragten, die noch nicht in Rente sind, haben sich mit dem Thema bereits ernsthaft beschäftigt. Auch wenn das noch kein hartes Kriterium für eine tatsächlich angemessene Vorsorge darstellt, ist damit zumindest ein erster Schritt in die richtige Richtung getan.

Wie der „Finanzplanungsindex“ gebildet wird – Informationen zur Umfrage

Der Index wird aus sechs Einzelfragen zu Wirtschaftsinteresse, Kenntnissen in Geld- und Finanzangelegenheiten sowie der Beschäftigung mit der eigenen Altersvorsorge gebildet. Dabei wird die Häufigkeit der Nennungen der jeweils höchsten bzw. positivsten Antwortkategorien zur Einordnung der Finanzkompetenz des Befragten herangezogen: Wenn bei mindestens vier der sechs Fragen die höchste bzw. positivste Kategorie genannt wurde, erfolgt die Zuweisung in die erste Gruppe („gut“), bei drei Fragen mit entsprechenden Nennungen in die zweite Gruppe („befriedigend“), bei zwei Fragen in die dritte Gruppe („ausreichend“). Wurde nur bei einer oder gar keiner Frage die positivste Kategorie angegeben, erfolgt die Zuweisung in die vierte Gruppe („mangelhaft“). Da der Index u.a. die Kenntnisse und Fähigkeiten zur Regelung der Altersvorsorge aufzeigen will, wurden für die Berechnung des Index nur erwerbsfähige Personen, also keine Rentner/innen, berücksichtigt. Die repräsentative Befragung wurde im Juni 2014 von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) im Auftrag des Bankenverbandes unter 1.265 in Deutschland lebenden Erwachsenen durchgeführt.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der Befragung aber, dass die Wirtschafts- und Finanzbildung der Deutschen einiges zu Wünschen übrig lässt. Über die zahlreichen, seit Jahren von der Wirtschaft geförderten Initiativen zur Verbesserung der ökonomischen Bildung hinaus, ist auch der Staat, in diesem Fall vor allem die Länder, gefordert. Trotz wichtiger Fortschritte, wie zum Beispiel jüngst die Einführung eines Unterrichtsfachs Wirtschaft in Baden-Württemberg, spielen Ökonomie und Finanzen an deutschen Schulen oft noch lediglich eine Nebenrolle. Das wird den Erfordernissen einer grundlegenden Finanzbildung für die heranwachsende Generation nicht gerecht. Hier kann und muss es weitere Verbesserungen geben.



Impressum | Herausgeber: Bundesverband deutscher Banken e.V., Postfach 040307, 10062 Berlin | Verantwortlich: Iris Bethge
 Redaktion: Christian Jung, Telefon +49 30 1663-1293, annette.matthies@bdb.de, bankenverband.de
 Druck: PieReg Druckcenter Berlin GmbH | Gestaltung: doppel:punkt redaktionsbüro janet eicher, Bonn | Fotos: action press,
 Jochen Zick, fotolia, Tatjana Balzer